

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche

Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 12

vom 1. April 2011

Redaktion: Katja
Richardt

Soziales und Familie

Sozialsenator Scheele unterstützt schnelle Anerkennung ausländischer Abschlüsse	2
Neue Möglichkeiten und mehr Förderung.....	3

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mietenspiegel 2011: Befragungen beginnen	7
--	---

Umwelt und Energie

Senat: Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken verstößt gegen das Grundgesetz	9
Meeresspiegelanstieg, Extremwetter, Arteninvasion - was tun?	10

Wissenschaft und Forschung

„Technik für Jugendliche. Faszination Games“ geht in zweite Runde.....	14
--	----

Internationale Bauausstellung

Jury kürt Siegerentwurf für den Welt-Gewerbehof	16
---	----

Stiftung für politisch Verfolgte

Neue Stipendiatin der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte	18
--	----

Zur Information

Terminkalender	20
----------------------	----

1. April 2011/bsg01

Sozialsenator Scheele unterstützt schnelle Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Diakonisches Werk Hamburg veranstaltet Fachtagung

In Deutschland haben rund 300.000 Menschen mit Migrationshintergrund einen Berufsabschluss, der hierzulande erst einmal gesetzlich anerkannt werden muss. Auch in Hamburg leben Ärzte und Ingenieure, Krankenpfleger und Handwerker mit Migrationshintergrund, die ihren eigentlichen Beruf nicht ausüben können, weil ihre im Heimatland erworbenen Abschlüsse nicht offiziell anerkannt sind. Auf das Problem hat die Bundespolitik reagiert. Seit März 2011 liegt ein entsprechender Gesetzentwurf vor. Hamburg ist auf die neue gesetzliche Situation vorbereitet. In der Hansestadt wurde mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) beim Diakonischen Werk das Projekt „Zentrale Anlaufstelle Anerkennung“ ins Leben gerufen, das bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse hilft.

Um den Gesetzesentwurf und seine Folgen zu diskutieren, hat das ESF-Projekt eine Veranstaltung mit dem Titel „Das Bundesgesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse“ organisiert. Experten wie Maria Hochstädter aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Michael Gwosdz vom Diakonischen Werk Hamburg informieren Integrationsbeauftragte, Behördenvertreter und Mitarbeiter gemeinnütziger Institutionen über den Gesetzentwurf und wie die einzelnen Punkte in die Praxis umgesetzt werden. In einer Talkrunde werden die Folgen des Anerkennungsgesetzes für Hamburg diskutiert.

Sozialsenator Detlef Scheele begrüßt die vielfältigen Integrationsbemühungen in Hamburg: „Seit Jahren haben wir die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse gefordert. Jetzt sind wir auf einem guten Weg. Wir müssen Projekte wie die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung tatkräftig unterstützen“, fordert Scheele. „Denn umso besser können wir zwei wichtige Ziele unserer Politik erreichen. Erstens: den drohenden Fachkräftemangel abmildern. Und zweitens: Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund noch besser in das Leben der Stadt integrieren.“

Die Veranstaltung „Das Bundesgesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse“ findet am 8. April 2011 von 16 bis 19 Uhr statt. Ort: Dorothee-Sölle-Haus, Raum 9, Königstraße 54, 22767 Hamburg. Anmeldungen unter zaa@diakonie-hamburg.de oder per Telefon 040-30620-369. Rückfragen zur Veranstaltung: Michael Gwosdz, Diakonisches Werk Hamburg, 040-30620-254.

Weitere Informationen über den Europäischen Sozialfonds unter: www.esf-hamburg.de

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit, ESF-Öffentlichkeitsarbeit

Claudia Hillebrand, Tel: 040 - 42841-4080

Nora Obenaus, Tel: 040 - 42841-2866

E-Mail: esf-pr@bwa.hamburg.de

1. April 2011/bsg01a

Neue Möglichkeiten und mehr Förderung

Hamburger Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene können ab sofort vom neuen Bildungs- und Teilhabepaket profitieren

Pünktlich nach Verkündung des „Gesetzes zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Sozialgesetzbuches“, das mehr Förderung und neue Möglichkeiten zum Mitmachen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Sozialleistungsbezug vorsieht, haben Sozialsenator Detlef Scheele und Schulsenator Ties Rabe heute vorgestellt, wie das so genannte Bildungs- und Teilhabepaket in Hamburg umgesetzt wird. Zwei Dinge waren dem neuen Senat bei der Umsetzung wichtig: Alle Verfahren sollten für die betroffenen Familien möglichst unbürokratisch und das Angebot zum Mitmachen für die rund 78.000 Kinder und Jugendlichen möglichst breit sein. Deshalb kommt das Hamburger System ohne Gutscheine und fast ganz ohne Amtsgänge aus. In Hamburg stehen für 2011 rund 45 Millionen Euro zur Umsetzung des Bildungspaketes zur Verfügung.

„Jedes Kind soll möglichst in dem Sportclub, in dem Musikunterricht oder in dem Pfadfinderverein mitmachen können, den es sich aussucht. Und zwar ohne, dass es das vorher langwierig beantragen muss. Das ist unser Verständnis von Teilhabe“, so **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Deshalb bin ich sehr froh über das Verfahren, das wir mit allen Beteiligten in der Stadt gemeinsam entwickelt haben.“

„Hamburg war bereits bei der Förderung von benachteiligten Kinder und Jugendlichen gut aufgestellt, so **Schulsenator Ties Rabe**. „Jetzt steigern wir noch einmal unsere Angebote und gehen damit weit über die Leistungen des Bundes hinaus. So werden wir etwa das Mittagessen in der Schule für die betroffenen Kinder und Jugendlichen ganz kostenlos anbieten.“

Das Bildungspaket im Überblick:

Berechtigt sind rund 78.000 Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (nach dem SGB II), Sozialhilfe (SGB XII), Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz sowie Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Das Bildungspaket gilt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre. Ausnahme sind die Leistungen zum Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit – hier liegt die Altersgrenze bei 18 Jahren.

Zum Bildungs- und Teilhabepaket gehören die Leistungen:

- Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre.
- Mittagessen für Kinder, die Kitas, Schulen oder Horte besuchen, an denen regelmäßig warme Mahlzeiten angeboten werden.
- Lernförderung für Schülerinnen und Schüler, die das Lernziel nicht erreichen. Die Schule muss den Bedarf bestätigen.
- Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler, die die nächstgelegene Schule ihres gewählten Bildungsgangs besuchen.
- Teilnahme an Tagesausflügen und Kita-Reisen, die von den Schulen beziehungsweise Kitas organisiert werden. Die Kosten für mehrtägige Klassenreisen werden wie bisher erstattet.
- Schulbedarf wie Schulranzen, Stifte, Hefte oder sonstiges Material.

Die Hamburger Regelungen im Detail

Um das Verfahren für die Familien möglichst unbürokratisch zu gestalten, ist ein System gewählt worden, bei dem umständliche Antrags- und Gutscheilverfahren sowie zusätzliche Wege in die Sozialdienststellen soweit wie möglich vermieden werden. Die meisten Leistungen erhalten die Kinder und Jugendlichen einfach, in dem sie den Bescheid über die ihnen gewährten Sozialleistungen, also Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder den Kinderzuschlag, vorlegen.

Für Leistungsempfänger nach dem SGB II ist grundsätzlich das Jobcenter team.arbeit.hamburg zuständig, für Leistungsempfänger nach dem SGB XII, § 2 AsylbLG, WoGG und für Kinderzuschlagsberechtigte sind es die Ämter für Grundsicherung und Soziales in den Bezirken. Für das Mittagessen in Schulen, die Lernförderung und die Schülerbeförderung ist die jeweilige Schule zuständig.

Mitmachen in Sport, Kultur und Freizeit

Im Gesetz ist geregelt, dass Kinder und Jugendliche künftig ein 10 Euro-Budget im Monat für Sport, Kultur und Freizeit zur Verfügung haben. Damit Kinder und Jugendliche möglichst überall dort mitmachen können, wo sie das möchten, sieht das Hamburger Modell ein Verfahren vor, das ganz niedrigschwellig ist: Die Kinder und Jugendlichen legen bei den Leistungsanbietern ihren Bewilligungsbescheid vor und schon können sie zum Beispiel am Sporttraining oder an der Museumsführung teilnehmen. Die Anbieter rechnen dann im Nachhinein mit den Ämtern für Grundsicherung und Soziales beziehungsweise den Jobcentern ab.

Zum Start des Paketes ist dieses Verfahren ab sofort bei den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, beim Pädagogischen Museumsdienst, bei den teilnehmenden Sportvereinen von Kids in die Clubs, sowie bei der Jugendmusikschule (freie Plätze in der gewählten Gruppe vorausgesetzt) möglich.

Senator Scheele: „Interessierte Vereine und Gruppen sind aufgerufen, sich in der Sozialbehörde zu melden und sich für das Verfahren registrieren zu lassen. Wir wollen, dass das Angebot für die Kinder und Jugendlichen möglichst schnell wächst.“

Interessierte melden sich bei Herrn Christoph Mühlbach (Tel. 428 63 - 6579, Christoph.Muehlbach@bsg.hamburg.de). Welche Angebote, die Kinder und Jugendlichen nutzen können, ist im Internet unter www.hamburg.de/bildungspaket nachzulesen. Die Liste wird ständig aktualisiert.

Damit Kinder und Jugendliche einen Überblick über ihr 10-Euro-Budget im Monat behalten, versichern sie bei den Anbietern formlos, dass sie das Budget von 10 Euro auch in Summe aller Angebote nicht überschreiten. Im Sommer wird das Verfahren erstmals ausgewertet – und wenn notwendig nachgesteuert.

Mittagsverpflegung an Schulen ohne Eigenanteil

Bisher hat Hamburg bereits einen Zuschuss zum Mittagessen in der Schule gezahlt, viele Schülerinnen und Schüler mussten einen Anteil selbst finanzieren. Auch das Bundespaket sieht eine Kostenbeteiligung am Mittagessen in Höhe von 1 Euro vor.

Senator Rabe: „Hamburg übernimmt diesen Eigenanteil, so dass ab jetzt alle förderberechtigten Kinder und Jugendlichen in Hamburg kostenlos in der Schule Mittag essen können.“

Um das kostenlose Essen in Anspruch nehmen zu können, melden Eltern ihre Kinder in der Schule verbindlich zum Mittagessen an und legen im Sekretariat ihren Bewilligungsbescheid vor. Die Schule rechnet dann mit der Behörde für Schule und Berufsbildung ab.

Bei der Mittagsverpflegung in Kitas und Horten bleibt es vorläufig bei der bisherigen Ermäßigung des Essensgeldes auf 17 Euro und 21 Euro. Ab August 2011 werden die Essensbeiträge in Kitas und Horten abgeschafft. Das Mittagessen ist dann für alle Kinder kostenlos.

Zusätzliche Lernförderung

Hamburg hat das Sitzenbleiben bereits abgeschafft. In den Schulen gibt es dafür das Programm „Fördern statt Wiederholen“. Für Schülerinnen und Schüler, die das Lernziel nicht erreichen, gibt es zusätzliche Förderung oder Nachhilfe am Nachmittag.

„Mit den Bundesmitteln wird Hamburg diese Förderung noch einmal deutlich ausweiten“, so **Senator Rabe**. „Damit wird vielen Kindern und Jugendlichen zusätzliche Lernangebote und Nachhilfeunterricht ermöglicht, den sie sich bisher nicht leisten konnten. Gerade diese Gruppe kann also eine intensivere Förderung außerhalb des normalen Unterrichts bekommen.“

Die außerunterrichtliche Lernförderung soll für die Anspruchsberechtigten in allen Jahrgängen ab dem 1. April gelten. Die Schulen organisieren ein entsprechendes Angebot. Diese außerunterrichtlichen Lernangebote können von Studierenden, Lehrkräften im Erziehungsurlaub, leistungsstarken Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, pensionierten Lehrkräften oder auch externen Dritten übernommen werden.

Mit diesen niedrighwelligen Angeboten soll sichergestellt werden, dass die Kinder und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien auch wirklich erreicht werden und ihre zusätzlichen Chancen auf Bildung und Teilhabe wahrnehmen können. Durch den überschaubaren Verwaltungsaufwand wird zudem erreicht, dass die Bundesmittel tatsächlich beim Kind und beim Jugendlichen ankommen.

Schülerbeförderung wird ohne Eigenanteil noch stärker ausgeweitet

Hamburg hat bereits bisher als freiwillige Leistung Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien in der Schülerbeförderung unterstützt. Leistungsberechtigte Schülerinnen und Schüler bis Jahrgang 10 erhalten eine Schüler-Abo-Jahreskarte des HVV für den Großbereich Hamburg.

Das Bundespaket sieht einen Zuschuss in der Schülerbeförderung für alle leistungsberechtigten Schülerinnen und Schüler vor, die eine allgemeinbildende oder eine berufliche Schule besuchen und die jünger als 25 Jahre sind, aber auch einen Eigenanteil in Höhe von 14 Euro. Hamburg übernimmt diesen Eigenanteil, um die Mobilität von Kindern und Jugendlichen noch weiter zu steigern und die Chancen, zum Beispiel bei kulturellen und sportlichen Angeboten mitzumachen, auszubauen.

Insgesamt werden zu den bereits bislang rund 5.000 so geförderten Schülerinnen und Schülern noch einmal bis zu 1.100 weitere Schülerinnen und Schülern von diesem Angebot profitieren.

Schul- und Kitausflüge sowie mehrtägige Kita- und Klassenfahrten sind kostenfrei

Kosten für Klassenreisen werden in Hamburg seit Langem übernommen. An dem bekannten und bewährten Verfahren ändert sich nichts: Die Kosten für mehrtägige Klassenreisen werden auf Antrag und unter Vorlage des von der Schule auszufüllenden Kostenformulars übernommen. Die Schulen

rechnen dann unmittelbar mit den zuständigen Leistungsträgern (Amt für Grundsicherung und Soziales oder Jobcenter) ab.

Auch hinsichtlich mehrtägiger Kita-Fahrten und eintägiger Schul- und Kitaausflüge wird Hamburg ohne Gutscheine auskommen. Leistungen werden auf Antrag, die in den Schulen und Kitas ausliegen, erbracht und durch die Schule oder Kita mit der zuständigen Dienststelle (Amt für Grundsicherung und Soziales oder Jobcenter) abgerechnet.

Nur der neue Personenkreis der Kinderzuschlags- und Wohngeldberechtigten muss im Vorwege direkt einen Antrag bei den zuständigen Fachämtern für Grundsicherung und Soziales stellen, da diese Personen im Sozialhilfeverfahren noch nicht erfasst sind.

Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf

Die Schulbedarfspauschale wurde in Hamburg bisher einmal jährlich zum 1. August in Höhe von 100 Euro ausgezahlt. Künftig erfolgt die Leistung in zwei Raten am 1. August (70 Euro) und 1. Februar (30 Euro). Schulpflichtige Kinder im Alter von 7 bis 15 Jahre (bis auf Bezieher von Kinderzuschlag und Wohngeld, s.o.) erhalten die Zahlungen automatisch. Bei allen anderen ist nicht zu vermeiden, dass sie bei den Ämtern für Grundsicherung und Soziales beziehungsweise den Jobcentern unter Vorlage einer Schulbescheinigung einen Antrag stellen müssen.

Mehr Informationen zum Bildungspaket gibt es im Internet unter:
www.hamburg.de/bildungspaket

Für Rückfragen der Medien:

<p>Julia Seifert <i>Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz</i> Tel.: (040) 428 63 - 2889 E-Mail: julia.seifert@bsg.hamburg.de</p>	<p>Jan Bruns Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung Tel: (040) 428 63 - 2003 E-Mail: jan.bruns@bsb.hamburg.de</p>
--	---

29.03.2011/bsu29a

Mietenspiegel 2011: Befragungen beginnen

In den nächsten Tagen beginnen die Erhebungen für den Mietenspiegel 2011. Mit dem Beschluss der entsprechenden Rechtsverordnung hat der Senat den Weg für die Neuerhebung frei gemacht.

Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau: „Der Hamburger Mietenspiegel genießt eine sehr hohe Akzeptanz bei Mieter- und Vermieterverbänden sowie bei der Rechtsprechung. Ich lade Mieter wie Vermieter ein, sich an den Befragungen zu beteiligen. Die aktive Mitwirkung ist wichtig, um die tatsächlichen Verhältnisse in Hamburg im Hamburger Mietenspiegel abzubilden“.

Hintergrund: Der Hamburger Mietenspiegel wird alle zwei Jahre neu erstellt, dazu wird eine Erhebung über Gebäude, Wohnungen und Mietverhältnisse im nicht preisgebundenen Wohnungsbestand der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt. Die Daten werden durch eine repräsentative Erhebung auf Grundlage der vom Senat erlassenen und mit dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit abgestimmten Mietenspiegelbefragungsverordnung ermittelt.

Die aktuelle Befragung wird im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes GEWOS GmbH, Hamburg vorgenommen. Die Erhebung besteht aus einer Vorbefragung, die Anfang April 2011 mit dem Versand von Fragebögen an zufällig ausgewählte Haushalte beginnt. Im Anschluss werden zu mietenspiegelrelevanten Wohnungen mündliche Befragungen durch die Interviewer des Institutes GEWOS GmbH vorgenommen.

Der Hamburger Mietenspiegel 2011 soll auf Daten von etwa 11.500 Hamburger Wohnungen basieren, die Befragung wird grundsätzlich etwa zur Hälfte bei Mietern und bei Vermietern durchgeführt.

Der Hamburger Mietenspiegel soll künftig den energetischen Zustand eines Gebäudes berücksichtigen.

Aus den erhobenen Daten wird der neue Mietenspiegel aufgestellt und voraussichtlich im Herbst veröffentlicht.

Die Erstellung des Mietenspiegels wird fachlich von einem Arbeitskreis begleitet, in dem verschiedene wohnungswirtschaftliche Organisationen, insbesondere die Verbände der Mieter und Vermieter und Hamburger Gerichte vertreten sind.

Der Mietenspiegel ist für jeden Interessierten kostenlos und dient Mieterinnen und Mietern sowie Vermieterinnen und Vermietern gleichermaßen als Orientierung über die angemessene Miethöhe. Die im Arbeitskreis vertretenen Mieter- und Vermieterverbände unterstützen das Vorhaben ausdrücklich und bitten ihre Mitglieder, die notwendigen Auskünfte zu geben.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Tel. 040 / 42 840-2058, helma.krstanoski@bsu.hamburg.de

www.hamburg.de/bsu

29. März 2011/jb29

Senat: Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken verstößt gegen das Grundgesetz

Der Senat hat heute beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag zu stellen, um die Vereinbarkeit der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken mit dem Grundgesetz zu prüfen.

Hintergrund: Der Bundestag hat am 8. Dezember 2010 das „Elfte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“ beschlossen. Mit dem Gesetz wollte die CDU-FDP-Bundesregierung die Laufzeiten auf durchschnittlich 12 Jahre und maximal 14 Jahre erhöhen. In der Praxis ist sogar von deutlich längeren Laufzeiten auszugehen. Der Bundesrat war nicht an der Entscheidung über eine Laufzeitverlängerung beteiligt. Nach Auffassung des Senats verstößt das Gesetz gegen das Grundgesetz und ist deshalb nichtig.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Die Bilder aus dem zerborstenen Atomkraftwerk Fukushima zeigen, wie notwendig eine Neuausrichtung der Energiepolitik ist. Hamburg ist in der Diskussion über die Atomkraft besonders betroffen. Denn mit den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel liegen zwei der älteren Kraftwerke in unmittelbarer Umgebung der Stadt.

Es war ein Fehler, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern. Wir haben deshalb vor einer Weile angekündigt, wie bereits andere Bundesländer gegen diese Entscheidung der Bundesregierung zu klagen. Das erfolgt jetzt.“

Radioaktive Strahlung mache bei einem Störfall nicht an Landesgrenzen halt. Das Gesetz erschwere außerdem die Umstellung auf eine regenerative und risikoärmere Energieerzeugung.

Im Detail hat der Senat beschlossen, einen Antrag nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes auf abstrakte Normenkontrolle zur Überprüfung der Vereinbarkeit des Elften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1814) mit dem Grundgesetz zu stellen. Ziel ist die Überprüfung der Vereinbarkeit des Elften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 8. Dezember 2010 mit Art. 78, 87c des Grundgesetzes.

Rückfragen:

Pia Kohorst

Justizbehörde

Pressesprecherin

Tel. 040 42843 3143

Mobil 0172 4327953

E-Mail pressestelle@justiz.hamburg.de



Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein



**Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt und Klimaschutz**

Der Senator für Umwelt,
Bau, Verkehr und Europa



**Freie
Hansestadt
Bremen**

30. März 2011/bsu30

Meeresspiegelanstieg, Extremwetter, Arteninvasion - was tun?

Große Fachkonferenz des Bundesumweltministeriums und der fünf norddeutschen Küstenländer in Hamburg über die Folgen des Klimawandels

Auf der „Regionalkonferenz Klimaanpassung Küstenregion“ am 30. und 31. März in Hamburg werden die neusten Erkenntnisse über die Folgen des Klimawandels und die Möglichkeiten, ihnen zu begegnen, diskutiert. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Zukunftsszenarien für alle entscheidenden Handlungsfelder: Küsten- und Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus, Häfen und Siedlungsentwicklung. Teilnehmer aus den Ministerien sind u.a. **Jürgen Becker**, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); **Dr. Reinhard Loske**, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Bremen; **Jutta Blankau**, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg; **Dr. Juliane Rumpf**, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Schleswig-Holstein; **Hans-Heinrich Sander**, Minister für Umwelt und Klimaschutz, Niedersachsen, und **Jürgen Seidel**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt haben sich rund 400 Fachleute angemeldet.

Der erste Konferenztag am Mittwoch, den 30. März, liefert eine Bestandsaufnahme der Klimafolgen im Norden und der aktuellen Strategien, sich ihnen anzupassen. Es geht im Einzelnen um Vergangenheit und Zukunft des Klimageschehens, um dessen Auswirkungen auf Wasserstraßen, Schifffahrt, Häfen und Wasserwirtschaft, um die zunehmende Gefahr schwerer Sturmfluten und die Folgen all dessen auf den Tourismus an der Küste. Referenten sind führende Fachleute u.a. des Deutschen Wetterdienstes, des Helmholtz-Zentrums Geesthacht, der Bundesanstalt für Wasserbau und des Leibnitz-Instituts für Ostseeforschung in Warnemünde. Der Tag schließt mit einer Podiumsdiskussion aller norddeutschen Fachminister/innen, eines hochrangigen Vertreters des BMU und zweier Bürgermeister von Städten aus dem Norden ab.

Am zweiten Tag, am Donnerstag, den 31. März, finden Workshops zu den oben genannten Zukunftsszenarien statt. Wichtige Fragen lauten hier: Wie lassen sich angesichts des Klimawandels auf Dauer tiefliegende Gebiete an Nord- und Ostsee bewirtschaften und besiedeln? Welche Herausforderungen kommen auf den künftigen Tourismus an der Küste zu? Wie müssen Hafenstandorte mit dem Klimawandel umgehen? Wie wird der Deichbau der Zukunft aussehen?

Die „Regionalkonferenz Klimaanpassung Küstenregion“ ist Element der 2008 vom Bundeskabinett beschlossenen Deutschen Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels (DAS). Sie ist die Auftaktveranstaltung einer geplanten Serie von Regionalkonferenzen zur Klimaanpassung. Eine weitere Regionalkonferenz für die Küstenregion findet Ende 2012 in Bremerhaven statt. Die DAS wird derzeit vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit durch einen „Aktionsplan Anpassung“ ergänzt, der eng mit den Ländern abgestimmt wird, um ihn noch in diesem Sommer dem Bundeskabinett vorzulegen. Dieser Aktionsplan besteht u.a. aus Elementen wie [Wissensbereitstellung, Dialog und Beteiligung sowie](#) dem Bereich internationale [Verantwortung](#).

Die Konferenz soll aber auch Auftakt zu enger Zusammenarbeit der Küstenländer bei der Anpassung an den Klimawandel sein. Die Einrichtung einer norddeutschen Anpassungsgruppe soll das vorhandene Wissen und die Erfahrungen der Landesverwaltungen und der länderübergreifenden norddeutschen Forschungsprojekte RAdOst, KLIMZUG-NORD, nordwest2050 sowie KLIFF (Niedersachsen) bündeln und verfügbar machen. Die Gruppe soll die Politik beraten und ihre Expertise in die Verwaltung tragen.

Links zu den genannten Klimafolgen-Projekten der Küstenländer:

- KLIMZUG-NORD: www.klimzug-nord.de/
- Rad Ost: www.klimzug-radost.de/
- Nordwest 2050: www.nordwest2050.de/
- Kliff Niedersachsen: www.kliff-niedersachsen.de.vweb5-test.gwdg.de/

Weitere Infos zur „Regionalkonferenz Klimaanpassung Küstenregion“ unter: www.klima.hamburg.de/regionalkonferenz-2011

Ansprechpartnerin für die Medien während der Konferenz ist auch Helga Schenk (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg (0174-772 1418)). Die Konferenz ist klimaneutral.

Kontakte

- **Hamburg:** Pressestelle d.Behörde f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, T: (040)42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de, www.hamburg.de/bsu
- **Schleswig-Holstein:** Christian Seyfert, Christiane Conrad | Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, T: (0431)988-7201,-7204, pressestelle@mlur.landsh.de
- **Niedersachsen:** Jutta Kremer-Heye, T:(0511)120-3426, jutta.kremer-hey@mu.niedersachsen.de
- **Bremen:** Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Michael Ortmanns (Pressesprecher), T: (0421) 361 6012, michael.ortmanns@umwelt.bremen.de
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Gerd Lange (Pressesprecher),(0385)588-5003,presse@wm.mv-regierung.de
- **BMU-Pressereferat,** T: (03018)-305-2010/-2018; presse@bmu.bund.de

Zitate

Jürgen Becker, Staatssekretär des Bundesumweltministeriums:

"Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist aus Vorsorgeaspekten überall auf der Welt nötig geworden. Gleichzeitig ist klar: Wir werden dabei nicht die erforderlichen Anstrengungen im Klimaschutz verringern wollen. Wir arbeiten mit aller Kraft an der Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Aber bei der Brisanz der Klimaveränderungen und deren Folgen müssen wir dem Vorsorgeprinzip folgen und uns gut und gründlich vorbereiten. Im Dialog mit den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung, den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen und gesellschaftlichen Gruppen müssen wir diskutieren, wie wir uns anpassen können und wie

weitgehend wir uns anpassen wollen. Und wie wir dies Schritt für Schritt tun. Anpassung ist ein Querschnittsthema, das viele Bereiche unseres Lebens, unserer Umwelt und unseres Handelns durchdringt und daher Teil unserer planerischen Abwägungen und Teil aller Entscheidungen in den Fachpolitiken sein sollte. Um dieses "Mainstreaming" von Anpassung in Planungs- und Entscheidungsprozesse staatlicher und nicht-staatlicher Akteure zu erreichen, bedarf es eines strategischen Ansatzes, der Orientierung gibt. Unter der Federführung des Bundesumweltministeriums hat die Bundesregierung deshalb die "Deutsche Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels", erarbeitet, die am 17. Dezember 2008 vom Bundeskabinett beschlossen wurde und in diesem Sommer durch einen Aktionsplan ergänzt und weiterentwickelt werden wird."

Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg:

„Die Konferenz passt sehr gut zu Hamburgs Titel ‚Umwelthauptstadt Europas 2011‘. Ihre hochrangige Besetzung zeigt, welche Bedeutung wir dem Thema beimessen. Der Klimawandel stellt neue Anforderungen an den Schutz und die Gestaltung der Küsten und großen Flussmündungen, die wir lokal und regional meistern müssen. Höhere Sturmfluten, Veränderungen in den Küstenökosystemen, die Beeinträchtigung der Hafen- und Landwirtschaft durch zu viel oder zu wenig Wasser - all dem müssen wir uns stellen. Hamburg punktet hier vor allem mit Klimafolgenforschung und innovativer Klimatechnik.“

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz, Niedersachsen:

„Küstenschutz ist Daueraufgabe in Niedersachsen - dazu gehört auch die Klimafolgenanpassung. In unserem ‚Generalplan Küstenschutz‘ haben wir daher vorbeugend für die Bemessung der Sollhöhen von Küstenschutzmaßnahmen ein Vorsorgemaß für den Meeresspiegelanstieg von 50 cm eingeführt. Darüber hinaus fördert die Niedersächsische Landesregierung im Rahmen des Forschungsverbundes KLIFF (Klimafolgenforschung) die Erforschung nachhaltiger Anpassungsstrategien. Mit dem KLIFF-Projekt ‚A-KÜST/Küstengewässer‘ bauen wir eine für die Belange des Küstenschutzes optimierte bedarfsgerechte regionale Datenbasis von Klimaänderungsfolgen auf. Niedersachsen wird im Jahr 2012 eine umfassende Klimafolgenanpassungsstrategie vorlegen, die derzeit im breiten gesellschaftlichen Dialog mit der dafür eingerichteten ‚Regierungskommission Klimaschutz‘ diskutiert wird.“

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Schleswig-Holstein:

„Um den Anpassungsprozess im Land zu organisieren, haben wir uns entschlossen, zunächst einen „Fahrplan Anpassung“ für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Wasserwirtschaft zu entwickeln. Gleichzeitig prüfen wir derzeit im Rahmen einer Studie in Kooperation mit dem Umweltbundesamt, welche Daten und welche bestehenden Monitoringprogramme sich für ein Klima- und Anpassungsmonitoring für Schleswig-Holstein nutzen lassen. Darauf aufbauend werden wir laufend unser Wissen über den Klimawandel in Schleswig-Holstein erweitern, um rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten und die Menschen auf das vorzubereiten, was Sie erwarten könnte.“

Jürgen Seidel, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Mecklenburg-Vorpommern:

"Der Klimawandel wird die Küste von Mecklenburg-Vorpommern langfristig beeinflussen. Gerade der Küstenrückgang und die Sturmflutgefahren spielen für das Land eine große Rolle. Aber auch indirekte Auswirkungen wie z.B. die Qualität des Ostseewassers, die Algenbildung, Sichttiefe und Keimbelastung müssen mit in die Untersuchungen einbezogen werden. Nur wenn die Risiken rechtzeitig minimiert werden, kann das Land die Chancen, die sich im klimatischen Wandel für den Küstentourismus durchaus ergeben können, auch nutzen. Klimaschutz und die Senkung der

Treibhausgasemissionen sind eine dringende Aufgabe. Mecklenburg-Vorpommern hat mit der Verabschiedung der Strategie 'Energierand 2020' und der Konkretisierung über den Aktionsplan Klimaschutz 2010 eindeutige Ziele gesetzt."

Dr. Reinhard Loske, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Bremen:

„Wir haben uns in Bremen sehr anspruchsvolle Klimaschutzziele gesetzt: bis 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen um 40% senken. Gleichzeitig werden aktuelle Erkenntnisse über mögliche Folgen des Klimawandels in die relevanten Politikfelder einbezogen. Mit dem Generalplan Küstenschutz Niedersachsen/Bremen hat sich unser Land für eine sehr vorausschauende und anpassungsfähige Berücksichtigung des Klimawandels entschlossen. Diese notwendigen sehr hohen Standards belasten das Land Bremen bis zum vorgesehenen Abschluss der Deichbaumaßnahmen in 2025 mit rund 200 Millionen Euro. Das ist es uns wert! Als Stadtstaat ist uns auch im Bereich Klimaanpassung die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Bremen-Oldenburg, dem Bund und den Ländern sehr wichtig. Für Ende 2012 planen wir die Ausrichtung der 2. Regionalkonferenz Küstenregion in Bremerhaven, gemeinsam mit den norddeutschen Ländern und dem Bund. Wir freuen uns darauf, zu diesem wichtigen Thema viele Gäste in Bremerhaven begrüßen zu dürfen“.

„Technik für Jugendliche. Faszination Games“ geht in zweite Runde

Event des Faszination Technik Klubs für 13 bis 16 Jährige, Lehrer und Eltern

Hamburg, 31. März 2011 – **Computerspiele üben auf Jugendliche eine für Erwachsene oftmals nicht nachvollziehbare Faszination und Anziehungskraft aus. Die Veranstaltungsreihe „Technik für Jugendliche. Faszination Games“ an der HAW Hamburg möchte deshalb eine Brücke zwischen den beiden Welten schlagen. In Workshops, Vorträgen und spannenden Laborrundgängen erklären Experten aus der Games-Branche und Professoren im Rahmen des Faszination Technik Klubs, wie Spiele und Spiele-Charaktere entstehen. Den Jugendlichen und interessierten Erwachsenen werden virtuelle Welten und das Web als ernst zunehmender Kommunikationsort nahe gebracht. Ihnen wird erklärt, wie der Jugendschutz greift und welche Berufs- und Studienmöglichkeiten im Bereich Games bestehen. Denn wie in anderen technischen Bereichen fehlen auch in dieser noch jungen und dynamischen Berufssparte schon jetzt geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In einer Unternehmensmesse informieren Fachleute deshalb auch über Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten in der Medienbranche. Die Karten können ab dem 31. März über das Internet (www.faszination-fuer-technik.de) bestellt werden.**

Freitag, der 13. Mai, steht ganz im Zeichen von „Faszination Games“. Los geht es von 10 bis 12 Uhr mit sechs verschiedenen Workshops für 13 bis 16 Jährige an der HAW Hamburg. Die Jugendlichen lernen, welche Techniken nötig sind, damit sich Figuren in Spielen bewegen, Landschaften in 3 D Programmen entstehen und wie man durch Töne die richtige Stimmung erzeugt, um die digitalen Bilder zum Leben zu erwecken. Angeleitet durch Studierende erfahren sie praxisnah Methoden der Ideenfindung eines Spiele-Entwicklers beim praktischen Arbeiten und versuchen diese selber umzusetzen. Ein Workshop ist am Vormittag nur für Lehrer reserviert.

Ab 13 Uhr stehen dann Vorträge und Laborrundgänge für Jugendliche, aber auch Eltern und Lehrern auf dem Programm. Themen wie Parallelwelten im Internet, was heißt eigentlich virtuell und welche Spieltypen gibt es, werden behandelt. Ab 14 Uhr erläutern Unternehmen der Medienbranche auf einer Messe die späteren Tätigkeitsfelder und den Bedarf an qualifiziertem Personal. Zum Abschluss präsentieren Studierende ihre Arbeiten.

Freitag, den 13. Mai

10:00 – 12:00 Uhr	Workshops für Jugendliche und Lehrkräfte
12:00 – 13:00 Uhr	Mensa
	Studierende informieren zu Fragen zu Studium
13:00 – 14:30 Uhr	Vorträge für Eltern, Jugendliche und Lehrkräfte
14:00 – 18:00 Uhr	Unternehmensmesse
16:00 Uhr	Vortrag „Die Gamesindustrie als Arbeitsplatz“
16:00 Uhr	Präsentation studentischer Arbeiten

Die Veranstaltungen finden am 13. Mai von 10 bis 18 Uhr statt. Die Karten für die einzelnen Workshops kosten 3 Euro, die Karten für die Vorträge 2,50 Euro. Die Berufsmesse ist frei. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.faszination-fuer-technik.de

Über „Technik für Jugendliche. Faszination Games“

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die HAW Hamburg bieten im Rahmen des Faszination Technik Klubs die Veranstaltungsreihe „Technik für Jugendliche. Faszination Games“ an. Die Hamburger Games-Branche mit ihren 190 Unternehmen und den 1.700 Mitarbeitern hat sich national und international den Ruf einer „Gamecity“ erarbeitet. Bereits jetzt wird aber das Wachstum der Branche aufgrund fehlender geeigneter Mitarbeiter gebremst. Um mittel- und langfristigen Nachwuchs der Unternehmen zu sichern, wurde als eine Maßnahme die Reihe Faszination Games entwickelt. Unterstützt wird sie von gamecity : Hamburg. Weitere Teilnehmer sind die animation-school- hamburg, Dataport, Fishlabs, InnoGames, Mstore, SAE Institute Hamburg, Simplexx und die Technische Fachschule Heinze.

Über den Faszination Technik Klub

Der Faszination Technik Klub ist 2011 Preisträger des bundesweit ausgetragenen Innovationswettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten geworden und damit ein „Ausgewählter Ort 2011“. Im Faszination Technik Klub werden Veranstaltungen rund um das Thema Technik für die Altersgruppen 8-12 und 13-16 Jahren von Unternehmen, Hochschulen, Verbänden, der Handelskammer Hamburg, Behörden und Vereinen der Metropolregion Hamburg angeboten. Der Nachwuchs soll dort für Technik begeistert, ein Informationsportal zu technischen Themen geboten und Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten dargestellt werden. Für die Kinder und Jugendlichen öffnen Unternehmen, Verbände oder Hochschulen ihre Pforten und zeigen, wie spannend die Technik ist. Auszubildenden kann über die Schulter geschaut oder in der Lehrwerkstatt selbst mit Hand angelegt werden. Nach jedem Besuch bekommen die Teilnehmer ein Zertifikat, das später bei der Suche nach dem Ausbildungsplatz helfen kann. Praxistage in Laboren der Hoch- und Fachschulen bieten zudem die Möglichkeit, sich wie ein Student zu fühlen. Der Faszination Technik Klub wird von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit gefördert. Weitere Informationen unter www.faszination-fuer-technik.de.

Kontakt

**Hochschule für Angewandte
Wissenschaften Hamburg HAW
Hamburg**

**Presse und Kommunikation
Dr. Katharina Jeorgakopulos-
Ceyp**

**Tel.: +49 (0) 40 428 75 -91 32
Mail: presse@haw-hamburg.de**

**Faszination Technik Klub
c/o HWF Hamburgische
Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung mbH
Projektleiterin
Heike Blume**

Tel.: +49 40 227019-46

Mail: heike.blume@hwf-hamburg.de



PRESSEINFORMATION

Jury kürt Siegerentwurf für den Welt-Gewerbehof

In einem Architekturwettbewerb entwickelten sieben Teilnehmer ihre Entwürfe für den Umbau eines ca. 5.450 Quadratmeter großen Gewerbeareals, des so genannten „Welt-Gewerbehofs“. Kleinunternehmer und Existenzgründer sollen dort die Möglichkeit haben, kostengünstige Gewerbeflächen anzumieten. Jetzt kürt die Jury in einer Sitzung den Siegerentwurf. Der Entwurf des Architekturbüros **dalpiaz + giannetti** konnte sich einstimmig gegen sechs Konkurrenten durchsetzen. Mitglieder der Jury waren Vertreter der IBA Hamburg GmbH, der GWG Gewerbe, der zuständigen Behörden, des Büros für lokale Wirtschaft (LoWi) und des Büros Unternehmer ohne Grenzen e.V. (UoG).

Hamburg, 30. März 2011/iba30 – Dem Areal im südlichen Bereich des Weltquartiers ein prägendes Gesicht geben, eine Fläche für Gewerbe gestalten, Existenzgründern Raum schaffen und Begegnungen ermöglichen und dabei gleichzeitig wirtschaftlich und architektonisch hochwertig zu sein – dieser Aufgabe stellten sich sieben erfahrene Architektenteams und erarbeiteten unterschiedliche Lösungsansätze. Die Grundlage dazu bildete ein gemeinsam erarbeitetes Konzept von IBA Hamburg und dem Investor GWG Gewerbe. Das Büro **dalpiaz + giannetti** aus Hamburg konnte mit seinem Entwurf überzeugen. „An diesem besonderen Standort wurde nach einer überzeugenden Lösung gesucht, die Flexibilität mit architektonischer Qualität verbindet und Modellcharakter besitzt. Mit dem Entwurf von **dalpiaz + giannetti** kann ein hochgradig funktionaler Arbeits- und Begegnungsraum entstehen, der sich darüber hinaus durch einen hohen Wiedererkennungswert und eine Imageprägende Gestaltung für den Ort auszeichnet“, sagte **Uli Hellweg**, Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg.

Auf dem rund 5.450qm großen Gelände wird nun ein Gewerbehof entstehen, der lokalen Betrieben und Existenzgründern kostengünstige Flächen anbietet. Darüber hinaus wird der Gewerbehof in das Weltquartier städtebaulich eingegliedert, sodass ein Austausch zwischen Bewohnern und zukünftigen Gewerbetreibenden entstehen kann. Die städtebauliche Gesamtkonzeption von Weltquartier und Welt-Gewerbehof soll Wohnen und Arbeiten enger



verknüpfen sowie neue Bezüge zwischen Innen und Außen schaffen. **Ewald Rowohlt**, Geschäftsführer GWG Gewerbe, sagt: „Wir sind davon überzeugt, dass mit dem Siegerentwurf eine hervorragende Lösung für das Areal und dessen vielfältige Umgebung gefunden werden konnte und werden alles daran setzen, dies gemeinsam mit den Architekten und der IBA Hamburg bis 2013 qualitativ umzusetzen.“

Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge:

06.04.2011 bis 13.04.2011 auf dem IBA DOCK, Zollhafen 12, 20539 Hamburg (dienstags bis sonntags, 10.00-18.00 Uhr)

und

26.04.2011 bis 03.05.2011 im Pavillon Weimarer Platz, Weimarer Straße 79, 21107 Hamburg (täglich 15.00-18.00 Uhr)

Die Elbinsel Wilhelmsburg bietet Menschen aus über 100 Nationen eine Heimat. Viele von ihnen wohnen nicht nur hier, sondern haben sich eine berufliche Existenz aufgebaut bzw. planen, es in absehbarer Zeit zu tun. Das Projekt „Welt-Gewerbehof“ möchte diesen Existenzgründern sowie bereits existierenden lokalen Klein- und Kleinstunternehmen entsprechende Flächen zu kostengünstigen Mieten in ihrem lokalen Umfeld bieten. Das Areal des geplanten Welt-Gewerbehofes liegt im Wilhelmsburger Reiherstiegviertel im südlichen Bereich des Weltquartiers, einer sanierungsbedürftigen Wohnsiedlung des städtischen Wohnungsbaunternehmens SAGA GWG. Das Quartier wurde überwiegend in den 1930er Jahren errichtet und weist durch seine großzügigen Freiräume und die prägnante Backsteinarchitektur eine hohe städtebauliche Qualität auf. Bereits seit 2009 werden dort die Ergebnisse eines Architekturwettbewerbs umgesetzt, insgesamt mehr als 800 Wohnungen werden saniert, umgebaut oder neu errichtet.

Die Visualisierung können Sie unter folgendem Link ansehen und herunterladen:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Zugang: [QNPXC2ZH](#)

(Eine Anmeldung oder die Eingabe persönlicher Daten ist nicht erforderlich; der Pin-Zugang verliert 30 Tage nach Veröffentlichung der Pressemitteilung seine Gültigkeit.)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Sabine Metzger, sabine.metzger@iba-hamburg.de

(oder presse@iba-hamburg.de), Telefon: 040 / 226 227 – 330.

Folgen Sie der IBA Hamburg auf Twitter: http://twitter.com/iba_hamburg

Stiftungsvorsitz: Olaf Scholz Geschäftsführender Vorstand:
Dr. Klaus von Dohnanyi Geschäftsführerin: Martina Bäurle

Pressemitteilung

Muazzamkhan Zainabidinova, Fernsehjournalistin aus Kirgistan Neue Stipendiatin der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte

Hamburg, 30. März 2011

Muazzamkhan Zainabidinova (30 Jahre, verheiratet, 2 Kinder) ist kirgisische Staatsbürgerin und Angehörige der usbekischen Minderheit in Kirgistan. Sie arbeitete als Fernsehjournalistin beim usbekischsprachigen Fernsehsender Osh TV und für „Internews“, und leitete Programme zu den Themen „Religion und Minderheiten in Kirgistan“ und drehte Dokumentarfilme zu sozialen Themen.

Seit den gewaltsamen Ausschreitungen in Südkirgistan zwischen Kirgisen und Usbeken im Juni 2010 kann Muazzamkhan Zainabidinova nicht mehr frei recherchieren und unabhängig über die Lage der usbekischen Minderheit berichten. Sie müsse, schrieb sie der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte, jederzeit mit Angriffen rechnen. Ihr eigenes Haus wurde von den kirgisischen Angreifern bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Aufgrund der aktuellen politischen Lage könne sie auch nicht mehr offen sprechen und habe „Angst um ihre Familie“. Die ethnischen Spannungen bedingen faktisch ein Berufsverbot. Selbst ausländische Journalisten werden in Osh mit dem Vorwurf attackiert, „pro-usbekisch“ zu berichten. Bei Filmaufnahmen, berichtet der Zentralasienexperte Marcus Bensmann, seien ihm „Kirgisen an die Kehle gegangen.“ Die Angreifer hätten versucht, ihm die

Kamera zu entwenden. Kirgisische Sicherheitskräfte seien nicht eingeschritten. Im Juli 2010 begleitete Frau Zainabidinova den Journalisten Bensmann für einen Beitrag "über die Plünderungen der usbekischen Stadtviertel in Osh" im ARD-Kulturmagazin TTT. Sie ermöglichte Interviews mit Usbeken, die in den Trümmern ihrer Häuser und in Notunterkünften ausharrten. Aus Angst um ihre persönliche Sicherheit bat die Journalistin Zainabidinova das ARD-Team, ihren Namen im Film nicht zu erwähnen.

<http://mediathek.daserste.de/daserste/servlet/content/5156854?pageld=&moduleId=431902&categoryId=&goto=&show>

Die Journalistin **Zainabidinova** möchte sich mit ihrer Familie den ethnischen Spannungen entziehen, bis sich die politische Lage in Kirgistan verbessert hat. Die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte hat sie und ihre Familie für ein Jahr in die Elbmetropole eingeladen.

Pressekontakt: Martina Bäurle Handy: 0151-56 311 316

Büro (040) 42863-5757 www.Hamburger-Stiftung.de

Hintergrundinformationen:

Zwischen dem 10. und 15. Juni 2010 führte in Süd-Kirgistan ein Streit unter Jugendlichen zu einem schweren interethnischen Konflikt zwischen Kirgisen und Usbeken. Als mehr und mehr junge Leute sich den Jugendgangs beider Ethnien anschlossen, eskalierte die Gewalt am 12. Juni in der Stadt Jalal-Abad. In den mehrheitlich usbekisch bewohnten Regionen in Südkirgistan brach Panik aus: Die direkte Konsequenz war eine Fluchtwelle. Aufgrund der Gerüchte, dass der kirgisische Mob nach Jalal-Abad noch weitere Städte überfallen werde, flohen in den folgenden Tagen 75.000 Menschen über die Grenze nach Usbekistan. Die UN schätzte die Zahl der Binnenflüchtlinge innerhalb Kirgistans auf weitere 700.000 Personen. Nach offiziellen Angaben forderte der Konflikt 300 Menschenleben. Mehrere Tausend Verletzte soll es gegeben haben. Nicht offizielle Quellen sprechen dagegen von etwa tausend Toten. Viele Gebäude wurden zerstört. Die Lebensmittel- und medizinische Versorgung brachen zusammen. Viele Geschäfte und Büros wurden geschlossen und bis heute nicht wieder geöffnet. Da die kirgisische Übergangsregierung der Lage nicht Herr wurde, bat sie die Regierungen Russlands und Usbekistans um Hilfe. Beide Staaten lehnten eine militärische Intervention ab. Trotz der Versicherung der Regierung, dass die Lage inzwischen unter Kontrolle sei, fürchten viele Usbeken auch heute noch erneute Übergriffe und Feindseligkeiten. Die Zentralregierung gilt als zu schwach, um die ethnischen Minderheiten auf kirgisischem Territorium wirksam schützen zu können.

Terminkalender

Vom 4. April bis 8. April 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 04.04.2011

- 10:00** Handelskammer Hamburg
Senatorin Jutta Blankau spricht ein **Grußwort** anlässlich des **5. Deutsch-Afrikanischen Energieforum**.
- 19:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Frank Horch spricht beim **Senatsempfangs** anlässlich des **5. Deutsch-Afrikanischen Energieforums**.

Dienstag, den 05.04.2011

- 11:00** Hamburg Messe
Senator Frank Horch nimmt an einem Messerundgang auf der **Aircraft Interios Expo** teil.
- 18:30** Hotel Kempinski, An der Alster 72-79, 20099 Hamburg
Staatsrat Dr. Bernd Egert nimmt an der **Preisverleihung „The Crystal Cabin Award 2011“** teil und überreicht einen der Preise.
- 19:00** Osterkamp 59, Concordia-Clubheim
Senatorin Jutta Blankau spricht zur **Stadtentwicklung in Hamburg** anlässlich des **Wandsbeker Forum**.

Mittwoch, den 06.04.2011

- ganztägig** Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Sonderministerpräsidentenkonferenz zum Glücksspielstaatsvertrag** teil.
- 10:00** Saarbrücken, Justizministerium, Zähringerstraße 12 und Hotel Domicil Leidinger, Mainzer Straße 10, 66111 Saarbrücken
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am **06. und 07.04.2011 am Treffen der Staatssekretäre der Justiz** teil.
- 11:00** Potsdam/Brandenburg
Senator Frank Horch nimmt am **06. und 07.04.2011 an der Verkehrsministerkonferenz** teil.
- 15:00** Altonaer Museum, Museumstraße 23
Senator Detlef Scheele spricht ein **Grußwort** anlässlich der **Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen der Opferhilfe Beratungsstelle Hamburg**.

Donnerstag, den 07.04.2011

- 09:00** Brüssel, Bayerische Vertretung, Rue Wiertz 77
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **53. Europaministerkonferenz** der

deutschen Länder teil.

- 11:00** Kreishaus Cuxhaven
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt an der **100. Sitzung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Niedersachsen** teil.
- 17:00** Aula des Landesinstitutes für Lehrerbildung und Schulentwicklung
Senator Ties Rabe spricht zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der **Frühjahrstagung des Allgemeinen Schulleitungsverbandes Deutschland e.V.**
- 17:30** Handelskammer Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz hält ein **Grußwort anlässlich der Auftaktveranstaltung „Hamburg 2030 – Ein Projekt der Handelskammer Hamburg“**.

Senator Frank Horch nimmt an der **Podiumsdiskussion anlässlich der Agenda „Hamburg 2030“** teil.
- 19:00** Kehrwiedertheater, Kehrwieder 6
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein **Grußwort anlässlich der Preisverleihung DIE KLAPPE**.
- Freitag, den 08.04.2011**
- 13:30** Johann-Mohr-Straße, Othmarschen
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort anlässlich der Umbenennung der Johann-Mohr-Straße in Jürgen-Töpfer-Straße**.
- 14:00** Agentur für Arbeit Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz hält ein **Grußwort anlässlich der Verabschiedung von Rolf Steil aus dem Amt des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg**.
- 16:00** Agentur für Arbeit, Kurt-Schumacher-Allee 16
Senator Detlef Scheele besucht die **Feierstunde zur Verabschiedung des langjährigen Leiters der Agentur für Arbeit Hamburg, Herrn Rolf Steil**.
- 19:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Senator Michael Neumann spricht ein **Grußwort anlässlich der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg**.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.